



Hauptausschuss

59. Sitzung (öffentlich)

24. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

kommt der Ausschuss überein, die Tagesordnung um einen Punkt 10 „Verschiedenes“ zu ergänzen und alle heutigen Abstimmungen in Fraktionsstärke durchzuführen.

1 Lobbyismus transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW

8

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11414
Ausschussprotokoll 16/1416

Auswertung der Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der PIRATEN Drucksache 16/11414 mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN ab.

2 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag – Versöhnungs- und Freundschaftswerk der Heimatvertriebenen und Aussiedler würdigen **10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11430

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13557

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11491

Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag aller Fraktionen Drucksache 16/13557 einstimmig an. Sodann stimmt der Ausschuss dem Antrag der CDU Drucksache 16/11430 in der soeben geänderten Fassung einstimmig zu.

3 Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen **11**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13113

Beratungsverfahren

In Verbindung mit:

4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13313 – Neudruck

Beratungsverfahren

In Verbindung mit:

5 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13314 – Neudruck

Beratungsverfahren

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörungen oder Sachverständigengespräche zu diesen Themen durchzuführen und diese Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung am 19. Januar 2017 zu beraten.

6 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13312

Beratungsverfahren

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung und kein Sachverständigengespräch zu diesem Thema durchzuführen und es in der nächsten Sitzung am 19. Januar 2017 zu beraten.

**7 Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung –
Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-
westfälische Landesrecht 14**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13315

Beratungsverfahren

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer
eventuellen Anhörung des Haushalts- und Finanzaus-
schusses zu beteiligen.

**8 Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 27./28. Oktober
2016 in Rostock 15**

Bericht der Landesregierung

- Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Glücksspielstaatsvertrag

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht entgegen. Im
Anschluss beantworten Vertreter der Landesregierung einige
Fragen der Abgeordneten.

**9 Entwurf einer Verordnung zur Verleihung der Rechte einer
Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Religionsgemeinschaft
Jehovas Zeugen in Deutschland, K. d. ö. R. mit Sitz in Berlin im Wege
der Zweitverleihung 22**

Vorlage 16/4412

Das Benehmen mit dem Ausschuss wird ohne Aussprache
hergestellt.

10 Verschiedenes**23**

Der Ausschuss kommt überein, den bislang vorgesehenen Bedarfstermin am 8. Dezember 2016 nicht in Anspruch zu nehmen.

* * *

7 Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13315

Beratungsverfahren

Vorsitzender Dr. Rainer Bovermann informiert, auch dieses Thema stelle einen Ausfluss der Beratungen der Verfassungskommission dar und gehöre ebenfalls zum sogenannten politischen Korb. Der heute Nachmittag tagende Haushalts- und Finanzausschuss habe die Durchführung einer Anhörung avisiert.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) schlägt vor, sich an dieser Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer eventuellen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zu beteiligen.

